

## Die hauptstädtische Wohnungsbaunaktion.

Sitzung der Kommission für Wohnungsbaugeschäfte

Die von uns bereits mitgeteilte, vom Magistratsrat Dr. Edmund Wildner vorgelegte Resolution betreffend die Wohnungsbaunaktion zur Binderung der Wohnungsnot wurde heute unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Theodor Bödy von der Kommission für Wohnungsbaugeschäfte verhandelt und mit einigen Abänderungen angenommen. Es entspann sich über den Gegenstand eine lebhafteste, stellenweise erregte Debatte, in welcher sowohl der Regierung als auch der Militärverwaltung über ihr gleichgültiges Verhalten dieser wichtigen Frage gegenüber heftige Vorwürfe gemacht wurden, wobei die Meinung zum Ausdruck gelangte, daß die Hauptstadt gegenüber der Indolenz der Regierung und der Militärverwaltung vergebens bereit sei, die weitestgehenden Opfer bringen zu wollen. Ueber den Verlauf der Sitzung berichten wir in folgendem:

Präsident Bürgermeister Dr. Theodor Bödy eröffnete die Sitzung und berichtete, daß der Magistrat den Vizebürgermeister Dr. Franz Harrer in den Senat für Wohnungswesen entsendet habe, und ersuchte die Kommission, die für den Municipalausschuß reservierten zwei Mitgliedsstellen zu besetzen. Daraufhin entsendete die Kommission den Magistratsrat Dr. Edmund Wildner und den Architekten Guido Hoepfner in den Senat.

Magistratsrat Dr. Edmund Wildner unterbreitete hierauf den bereits veröffentlichten Beschlußantrag, der die Maßregeln bezeichnet, die unverzüglich getroffen werden müssen, soll die unerträgliche Wohnungsnot endlich gemildert werden. Dr. Wildner knüpfte an die einzelnen Punkte des umfangreichen Beschlußantrags einige aufklärende Bemerkungen und beschäftigte sich mit der Organisation des Senats für Wohnungswesen.

Dr. Theodor Bödy legt das größte Gewicht darauf, daß die Regierung die Hauptstadt materiell unterstütze, denn aus eigener Kraft sei die Hauptstadt nicht imstande, die Wohnungsnot zu bekämpfen.

Zunächst wurden die ersten drei Punkte des Beschlußantrags verhandelt, nach denen die Hauptstadt in dem Falle, wenn sie von der Regierung in entsprechendem Maße unterstützt wird, bereit ist, 10,000 Kleinwohnungen zu bauen und den Bau der ersten tausend Wohnungen nach erfolgter Genehmigung des Beschlusses durch die Regierung sofort in Angriff zu nehmen.

Eugen J. Kiss ist mit der Vorlage unzufrieden, weil sie den Beginn der Bautätigkeit von verschiedenen Bedingungen, dem Beitrag der Regierung usw., abhängig mache. Er wünscht, daß die Hauptstadt unverzüglich die nötigen Baumaterialien beschaffe.

Der Vorsitzende meint, daß man nicht systemlos vorgehen dürfe, denn sonst würde die Hauptstadt selbst die Preise des Baumaterials in die Höhe treiben. Die Bauaktion muß einheitlich organisiert werden, denn nur dann kann die Bautätigkeit glatt vorstatten gehen.

Dr. Béla Fejéki meint, die Regierung müsse erachtet

werden, zur Leitung der Bauaktion der Hauptstadt einen Regierungskommissär zu ernennen. In der Hauptstadt herrschen auf dem Gebiete des Wohnungswesens spezielle Verhältnisse, die für Budapest eine besondere Aktion notwendig machen. Die Regierung muß die Lage der Hauptstadt berücksichtigen und ihr die Mittel zur Verwirklichung ihrer auf die Bekämpfung der Wohnungsnot abzielenden Bestrebungen bieten. Die Hauptstadt hat bisher große Opfer gebracht, über ihre Kräfte hinaus aber kann sie nicht geben. Sie will gern die nötigen Grundstücke überlassen, doch weitere finanzielle Opfer vermag sie nicht zu bringen. Er beantragt, daß der Bürgermeister persönlich den Ministerpräsidenten über die Verhältnisse aufkläre. Redner wünscht, daß der Bürgermeister der am Mittwoch stattfindenden Generalversammlung des Municipalausschusses, die sich mit dem Beschlußantrag beschäftigen werde, auch schon die Antwort des Ministerpräsidenten mitteile.

Marian Weimesz tritt dafür ein, daß der Bau der tausend Wohnungen sofort, ohne erst die Genehmigung des Beschlusses durch die Regierung abzuwarten, in Angriff genommen werde.

Koloman Gálos beanstandet die Tendenz, daß nach dem Beschlußantrag nur für Arbeiter gesorgt werden soll. Die Arbeiterschaft sei materiell viel besser gestellt als die fix bezahlten Angestellten. Redner legt das größte Gewicht darauf, daß auch für die Beamtenklasse in entsprechender Anzahl Wohnungen gebaut werden.

Magistratsrat Dr. Edmund Wildner verweist darauf, daß dadurch, daß die jetzt in Privathäusern untergebrachten Ämter in Baracken untergebracht werden, man eine Anzahl von mittelgroßen Wohnungen gewinnen wird, die sich am besten für die Mittellasse eignen.

Guido Hoepfner nimmt den Beschlußantrag an, wünscht jedoch, daß mit dem Bau der tausend Kleinwohnungen in jedem Falle unbedingt begonnen werde, ohne erst die Antwort der Regierung abzuwarten.

Dr. Theodor Bödy betont, daß nicht das finanzielle das wichtigste Moment sei. Ohne Sicherung der nötigen Materialien, Arbeitskräfte und Transportmittel kann nichts erreicht werden. Ohne Unterstützung durch die Regierung kann mit dem Bau nicht begonnen werden.

Dr. Alexander Erös teilt den Standpunkt des Vorsitzenden.

Ignaz Alpár erklärt, er habe sämtliche Kriegsschauplätze gesehen und Gelegenheit gehabt, zu beobachten, daß die wertvollsten Baumaterialien, die Milliarden wert sind, wie Holz, Steine, Zement, Eisen, Eisenbahnwagen etc., brach liegen und zugrundegehen. Säcke, für welche hier 15 K. per Stück bezahlt werden müssen, liegen in den Militärtrayons zu Millionen umher und verfaulen. Es brauchte dies dem Verderben preisgegebene Material nur hieher gebracht zu werden und es wäre kein Mangel mehr an Baumaterial. Unsere Regierung aber ist nicht imstande, der Heeresleitung gegenüber mit der erforderlichen Energie aufzutreten. Auf das Bauprogramm übergehend, erklärt Redner, daß er unter den gegebenen Verhältnissen nicht raten könne, mit dem Bau zu beginnen, weil es eine Gewissenlosigkeit wäre, zehn- und zwanzigfache Preise zu bezahlen. Die Hauptstadt präliminiert vergebens 20 oder 100 Millionen, für diesen Betrag könne auch nicht gebaut werden. Jeder andere Entschluß ist unter den heutigen Verhältnissen eine Unmoralität. Gebaut könne nur mit dem im Besitze der Heeresverwaltung befindlichen Material werden. Nimmt die Hauptstadt die hoffnungslose Arbeit in Angriff, so erleichtert sie damit nur die Lage der Regierung, die dazu gedrängt werden müßte, ihre Pflicht den Bürgern gegenüber zu erfüllen. Statt mit dem Bau zu beginnen, soll die Hauptstadt lieber die Regierung zwingen, die Herausgabe des für das Land notwendigen Material zu erwirken.

Guido Hoepfner unterschreibt die Ausführungen Alpárs Wort für Wort, beantragt aber die Bautätigkeit auch ohne Hinzutun der Heeresleitung in Angriff zu nehmen.

Julius Kauer legt das größte Gewicht auf die rascheste Lösung der Kohlenfrage, denn ohne Kohle kann man kein Baumaterial erzeugen.

Es sprach noch Josef Horváth, worauf die Kommission, nachdem noch der Vorsitzende versprochen hatte, die Sache ohne Zeitverlust bei der Regierung zu betreiben, die ersten drei Punkte des Beschlußantrags samt den Anträgen Dr. Béla Fejéki einstimmig annahm.

Die Anträge betreffend den Bau von Baracken in den Höfen des Zentralstadthauses, ferner, daß die Kommission als ständiges Organ erklärt werde, wurden unverändert angenommen.

Zur Frage der Errichtung von Mansardentwohnungen sprachen Alexander Erös, Guido Hoepfner, Anton Beech und Dr. Béla Fejéki, worauf der Haakt unverändert angenommen wurde. Vergleichen fanden die übrigen Punkte unveränderte Annahme, worauf die Sitzung um dreiviertel 2 Uhr geschlossen wurde.